



Presseinformation

Es gilt das gesprochene Wort!

Nr. 210 / 2012

Kiel, Freitag, 27. April 2012

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Günther Hildebrand, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Katharina Loedige, MdL
Parlamentarische Geschäftsführerin

Energiepolitik / AKW

Oliver Kumbartzky: Ohne Endlager ist der erfolgreiche Abschluss der Energiewende nicht möglich

In seiner Rede zu **TOP 25 und 32** (Atomausstieg verbindlich umsetzen, Kosten der Energiewende nicht auf die Verbraucher abwälzen) sagt der energiepolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Oliver Kumbartzky**:

„Wir befinden uns im Jahre 2012 n. Chr.: Ganz Schleswig-Holstein arbeitet aktiv und konstruktiv an der Energiewende. Ganz Schleswig-Holstein? Nein! Eine von unbeugsamen Linken bevölkerte Landtagsfraktion hört nicht auf, der Energiewende Widerstand zu leisten. Sie wollen planwirtschaftlich die Nachfrage nach Strom regeln, frei nach dem Motto: Wenn das Licht aus ist, sieht man auch keine Probleme mehr. Bei allen Anträgen der Linksfraktion zum Themenfeld Energie setzt der vorliegende Antrag dem Ganzen wirklich die Krone auf. Der Antrag ist ein wahrer energiepolitischer Offenbarungseid.“

Ich will mich nicht länger mit diesem Antrag aufhalten und komme daher zum grundsätzlich konstruktiven Antrag der SPD-Fraktion. Doch: Was nützt es, wenn die SPD fordert, dass die Bundesregierung den Betreibern feste Fristen vorgeben soll, wann mit dem Rückbau begonnen werden muss, wenn es noch gar kein Endlager bzw. Endlagersuchgesetz gibt? Aus den atomaren Zwischenlagern an den Kraftwerksstandorten dürfen keine Endlagerstätten werden!

Wir wollen, dass ein Endlagersuchgesetz so schnell wie möglich im Deutschen Bundestag und im überparteilichen Konsens mit den Ländern verabschiedet wird. Der Ausstieg aus der Kernenergie ist für uns erst dann als erfolgreich anzusehen, wenn das letzte bestrahlte Brennelement die oberirdischen Zwischenlager verlassen hat und in einer stabilen geologischen Tiefenform untergebracht wurde.

Der Antrag der SPD ist nicht falsch, er kommt aber zu früh. Das Endlagersuchgesetz muss abgewartet werden. Die FDP-Landtagsfraktion spricht sich auch dafür aus, dass der so genannte ‚sichere Einschluss‘ als Stilllegungsvariante aus dem Atomgesetz gestrichen wird.“

www.fdp-sh.de